

LANDAUF, LANDAB



Die Traumwelt der Baumeister

VON JAN V. SCHMIDT-PH.

Generationen von Schleswig-Holsteinern haben in jungen oder auch älteren Jahren ihre Fantasiewelt gebastelt. Natürlich aus Legosteinen wie dem Klassiker mit vier mal zwei Noppen. Der entspricht im Maßstab 1:7 nämlich der Größe eines ganz normalen Backsteins – dem Stoff also, aus dem oftmals die Betongold-Träume der Erwachsenen sind. Den Reichtum an Bastelmöglichkeiten mit den kleinen Plastiksteinen haben bislang 16 000 Menschen in Lübeck bestaunen können. Die Sonderausstellung „Hanse steinreich – eine Lego-Zeitreise“ im Europäischen Hansemuseum war nun so gut besucht, dass sie jetzt in die Verlängerung geht. Sie soll, so teilte Museumsdirektorin Felicia Sternfeld am Dienstag mit, bis zum Juli 2022 verlängert werden. Gezeigt wird die Geschichte der Hanse mit mehr als 500 000 Plastiksteinen und etwa 500 Figuren. Alleine der Aufbau der Ausstellung, die im Mai ihre Tore öffnete, dauerte sechs Monate. Ein Glücksfall für alle großen und kleinen Baumeister unter uns.



IN KÜRZE

Sechs Verletzte bei schwerem Unfall

PINNEBERG. Bei einem Unfall mit mehreren Fahrzeugen auf der Autobahn 23 bei Pinneberg sind am Dienstag sechs Menschen verletzt worden, einer davon schwer. Eine verletzte Person sei eingeklemmt gewesen und habe von Einsatzkräften befreit werden müssen, sagte ein Feuerwehrsprecher. Der Verletzte wurde mit einem Rettungshubschrauber in ein Krankenhaus gebracht. In den Unfall waren den Angaben zufolge ein Lastwagen und vier Personenwagen verwickelt. Zum genauen Unfallgeschehen konnte der Feuerwehrsprecher zunächst keine Angaben machen.

Antisemitischer Schläger gefasst

HAMBURG/BERLIN. Ermittler des Hamburger Landeskriminalamts haben in Berlin den mutmaßlichen Täter des antisemitischen Angriffs auf einen 60-Jährigen bei einer Mahnwache in Hamburg gefasst. „Wir gehen davon aus, dass wir die Tat aufgeklärt und den Tatverdächtigen ermittelt haben“, sagte ein Sprecher der Polizei. Der 60-jährige Mann hatte am 18. September an einer Mahnwache für Israel teilgenommen. Dabei wurde er Opfer eines antisemitischen Angriffs. Zunächst sei er von einem Mann beleidigt und dann mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden, so die Polizei.



So sollen Züge und Autos in Richtung Fehmarn rollen. Die Visualisierung der dänischen Bauherren Femern A/S zeigt das Tunnelportal. Nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes können die Bauarbeiten nun auch im Bereich des Fährhafens Puttgarden beginnen.

VISUALISIERUNG FEMERN A/S

Grünes Licht für den Bau des Tunnels

Oberverwaltungsgericht in Schleswig macht den Weg frei für die feste Fehmarnbeltquerung

VON EVA-MARIA MESTER

SCHLESWIG. Der Bau des Ostseetunnels nach Dänemark kann beginnen. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hat den Weg frei gemacht für den Beginn erster Bauarbeiten für die feste Fehmarnbeltquerung. In zweiter Instanz wurde am Freitag entschieden, dass für den Bau des geplanten Ostseetunnels benötigte Grundstücke im Bereich des Fährhafens von Puttgarden vorzeitig an die Vorhabenträger übertragen werden dürfen. Dies teilte das Gericht am Dienstag mit (Az. 4 MB 32/21). Eigentümer der betroffenen Grundstücke sind die Reederei Scandlines Deutschland GmbH und die Scandlines Bordershop Puttgarden GmbH. Der Beschluss ist unanfechtbar (Az. 4 MB 32/21).

Die Unternehmen hatten gegen die sogenannte Besitzeinweisung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums vor dem Verwaltungsgericht geklagt und von diesem am 2. Juni Recht bekommen. Das Verwaltungsgericht

hatte dies nach Angaben des OVG damit begründet, dass ein sofortiger Beginn der Bauarbeiten nicht geboten sei, weil ihm noch erhebliche Hindernisse entgegenstünden. Gegen diese Entscheidung haben das Ministerium und der dänische Vorhabenträger Femern Bælt A/S Beschwerde beim OVG eingelegt.

➔ Auf dänischer Seite liegt die Baugenehmigung seit 2015 vor. Die Bagger rollen schon seit Juli.

Dieses hat die Besitzeinweisungen nun für rechtmäßig befunden. Eine Besitzeinweisung ist ein Verwaltungsakt, der den Beginn der Baumaßnahme noch vor dem Abschluss des Enteignungsverfahrens ermöglicht. Die nach dem Planfeststellungsbeschluss noch ausstehende Vorlage, Prüfung und Billigung eines Rettungs- und

Notfallkonzeptes für den Tunnel sei keine Bedingung, deren Erfüllung von der Enteignungsbehörde zu kontrollieren sei, teilte das Gericht mit.

Das OVG folgte dem Verwaltungsgericht zudem auch nicht in der Annahme, dass die noch ausstehende Planergänzung in Bezug auf die küstennahen geschützten Riffe ein erhebliches Hindernis für den beabsichtigten Baubeginn darstelle.

Unterdessen laufen auf Fehmarn bereits seit dem Frühjahr vorbereitende Arbeiten für den Tunnel zwischen Deutschland und Dänemark. So wurden nach Angaben des dänischen Bauherren Femern A/S bereits Versorgungsleitungen für die zukünftige Baustelle verlegt, Baustraßen errichtet und ein Umspannwerk für die Stromversorgung des Tunnels gebaut.

Auf dänischer Seite, wo das Parlament bereits im Jahr 2015 die Baugenehmigung erteilt hat, haben im Juli 2021 vor der Küste Lollands die Aushubarbeiten für den Tun-



Die Vorbereitungsarbeiten auf deutscher Seite starteten im Dezember 2020. Erst jetzt geht es richtig los.

FOTO: MARKUS SCHOLZ

nelgraben begonnen. Der rund 18 Kilometer lange Straßen- und Eisenbahntunnel soll voraussichtlich 2029 in Betrieb gehen.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte am 3. November 2020 alle Klagen gegen das Projekt abgewiesen und damit grünes Licht für das Infrastrukturprojekt gegeben. Dagegen haben die Gegner des milliardenschweren Ostseetunnels im Juli Verfassungs-

beschwerde eingelegt. Femern A/S reagierte erfreut auf die Entscheidung der Richter. „Durch die Entscheidung des OVG in Schleswig haben wir wieder Zugang auf das gesamte Baustellenareal bei Puttgarden“, sagte eine Sprecherin am Dienstag. „Die Grundstücke, über die das OVG nun entschieden hat, sind wichtige, wenn auch nur kleine Areale auf der Tunnelbaustelle“, sagte sie.

Länder räumen bei HSH-Altlasten auf

Schattenhaushalt „FinFo“ wird vorzeitig aufgelöst – Drei Milliarden Euro Schulden gehen auf Kernhaushalte über

VON ULRICH METSCHIES

HAMBURG/KIEL. Zwölf Jahre nach Rettung ihrer Landesbank vor dem Untergang und drei Jahre nach dem Verkauf des Probleminstituts an private Investoren machen Hamburg und Schleswig-Holstein klare Kante bei den HSH-Altlasten. Die 2009 geschaffene, öffentlich rechtliche Anstalt namens HSH Finanzfonds AöR („FinFo“) wird vorzeitig im August des kommenden Jahres aufgelöst.

Von den darin geparkten Lasten aus einer zehn Milliarden Euro schweren Stützungsgarantie für die Bank werden dann noch rund drei Milliarden übrig sein. Diese Schulden werden nach Auflösung der FinFo jeweils zur Hälfte in die Kernhaushalte der Länder überführt.

Auf dieses Vorgehen ver-

ständigten sich Senat und Landesregierung am Dienstag bei einer gemeinsamen Kabinettsitzung in Hamburg. Damit das teure HSH-Erbe bereinigt werden kann, ist eine Änderung des gemeinsamen Staatsvertrages erforderlich, die von Parlament und Bürgerschaft abgesegnet werden muss.

Als Grund für die vorzeitige Auflösung der FinFo nannten Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) und ihr Hamburger Amtskollege Andreas Dressel (SPD) Ein-

➔ Damit das teure HSH-Erbe bereinigt werden kann, ist eine Änderung des Staatsvertrages erforderlich.

sparungen für beide Länder von jeweils rund 20 Millionen Euro. Diese sind möglich, weil die Betriebskosten der Anstalt von jährlich 400 000 Euro entfallen, vor allem aber auch, weil die Refinanzierung der Anleihe über die Länder zu günstigeren Zinsen möglich ist. Zudem werden die liquiden Mittel der Anstalt an die Länder ausgekehrt – insgesamt rund 50 Millionen Euro.

„Das Kapitel HSH hat unser Land viel Geld gekostet“, so Heinold. „Das ist bitter.“ Die vorzeitige Auflösung der Anstalt sei ein weiterer Schritt „zu einem möglichst vermögensschonenden Umgang mit den Altlasten der Bank“. Ursprünglich war vorgesehen, die Schulden aus der FinFo bis Ende 2025 in jährlichen Raten von je 375 Millionen Euro auf die Kern-

haushalte zu übertragen.

Nun steigen die Schulden Schleswig-Holsteins (aktuell rund 30 Milliarden Euro) in einem Rutsch um 1,5 Milliarden Euro. Das werde sich bei den Zinsausgaben bemerkbar machen, so Heinold. „Aber hier geht es nicht um neue Schulden, sondern um bestehende Verpflichtungen aus der öffentlichen Trägerschaft.“ Dressel sprach von einem „Beitrag zum finanziellen Bürokratieabbau“.

Unberührt von der Transaktion ist der zweite HSH-Schattenhaushalt der Länder, die Portfoliomanager AöR. Sie hält als „Bad Bank“ der Länder Milliarden an Schrottkrediten aus einer weiteren Rettungsaktion für die Bank. Als Sicherheit dient eine Flotte von ursprünglich 253 Schiffen, rund 120 sind übrig.



Finanzministerin Monika Heinold kann mit der FinFo-Auflösung 20 Millionen Euro einsparen.

FOTO: ULF DAHL